

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. Mk. 10.—, vierteljährl. Mk. 30.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehre 33.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 Pfg. : Strolcho Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges. Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum Mk. 1.20, auswärts Mk. 1.50. : Reklamezeile Mk. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden jeweils 1 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagsgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 63

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 16. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Die „Daily Mail“ berichtet aus Paris, daß die Konferenz von Genna nicht stattfinden werde.

Die schwedische Regierung hat unter Zustimmung der Schweiz eine Vorkonferenz der Neutralen vor Genna angeregt.

Die Entscheidung der Wiedergutmachungskommission über die deutschen Zahlungen für das laufende Jahr steht — nach einer Pariser Meldung — unmittelbar bevor.

15 Staaten werden auf der Warschauer Konferenz zur Seuchenbekämpfung, die am 20. März beginnt, vertreten sein.

Die Bolschewiken wollen in Schweden große Waffenkäufe vornehmen.

Die revolutionäre Bewegung in Transbaal kann nahezu als beendet angesehen werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung der amerikanischen Forderung.

Ob. Man darf ohne weiteres annehmen, daß die amerikanische Forderung auf Erstattung der Bejagungskosten von Mißtrauen gegenüber Frankreich zeugt. Herr Poincaré scheint dem Präsidenten Harding nicht der Mann zu sein, dem man in allen Stücken trauen kann. Wir Deutschen können das amerikanische Mißtrauen natürlich nur teilen, das ist ohne weiteres klar. Aber uns sind — Gott sei es geklagt — leider die Hände gebunden, wir haben keine Möglichkeit, französischen Unverschämtheiten die Spitze zu bieten. Amerika dagegen, dieses stolze und in seiner Politik bewußt starke Land, kann den Herren an der Seine außerordentlich unangenehm werden. Und der Leiter der französischen „Politik“ dreht und wendet sich vor dem allmächtigen Senat von Washington — allmächtig naturgemäß nur im besonderen, die tatsächlich herrschende Stimmung betreffend Sinne zu verstehen. Die „Action française“ bezichtigt die amerikanische Forderung treffend als die größte Komplikation des Friedens. Nun müßte man sich in den Büros im Louvre, eine Lösung zu finden, die Frankreich nicht allzu sehr belastet. Ob für Frankreich die Möglichkeit besteht, bald aus dem Dilemma herauszukommen, weiß heute niemand zu sagen. Soviel steht fest, daß große Verwirrung in den politischen Kreisen Frankreichs herrscht. Englands Vermittlung, die noch in die Waagschale fallen könnte, dürfte nach den bisherigen Erfahrungen kaum von Bedeutung sein.

Das Eigenartige an der ganzen Forderung Amerikas ist, daß es sich auf die Paragraphen des Versailler Vertrags stützt und beruft, den es ja gar nicht anerkannt hat. Kein rechtlich würde sich daraus eine glatte Ablehnung ergeben. Aber es darf nicht vergessen werden, daß eine amerikanische Besatzungsarmee am Rheine steht, woraus ein moralisches Recht auf einen Teil der Kosten abgeleitet werden könnte.

Wie dem auch sei, der leidtragende Teil bei der ganzen, schwierigen Lage ist Deutschland. Fragen wir nach den wirtschaftlichen Folgen der amerikanischen Forderung, so erhellt daraus sofort eine neue Last, kaum ertragbare Belastung unserer Finanzwirtschaft. Es wäre doch bedeutend besser, schon im Hinblick auf die bisher erfolgte finanzielle Befriedigung unserer Gegner, wenn die Vereinigten Staaten direkt mit Deutschland verhandelten unter Zugrundelegung des mit uns abgeschlossenen Separatfriedens. Dann könnte schließlich ein Weg gefunden werden, der allgemein als gangbar angesehen wird.

Man braucht hierbei keine großen volkswirtschaftlichen Probleme zu erörtern, sondern nur der einfachen Frage Rechnung zu tragen: Was bedeutet diese neue Last für unser deutsches Wirtschaftsleben? Die Antwort ist rasch gegeben, indem man auf die Erklärungen verweist, die erst kürzlich seitens des Reichsfinanzministeriums gemacht wurden und die eine sehr deutliche Sprache reden.

Niemand kann heute sagen, wie die amerikanische Forderung befriedigt werden kann. Wir Deutschen wollen auch trotz alledem den Kopf oben behalten und mit Theodor Storm von der Zukunft erbitten:

Herrgott, die Saaten segne mit Deiner treuen Hand — Und gib uns Frieden, Frieden im lieben deutschen Land! —

Reichstag.

Berlin, 14. März.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anträge.

Auf eine Anfrage des Abg. Brünninghaus (D.Vp.) erwidert General v. Mutius, die Zahl der farbigen französischen Kolonialtruppen übersteige 12 000 Mann zurzeit erheblich. Im Sommer dürfte sie sogar auf 25 000 steigen. Einsprüche dagegen seien wiederholt vergeblich erhoben worden.

Auf eine Anfrage des Abg. Barth (Komm.) erwiderte Geh. Rat Heintz, die Gerüchte, als ob die Truppe von 1922 zu enorm hohen Preisen aufgekauft worden sei, beruhen nicht auf Wahrheit.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Schöck (D.Vp.) über Uebergriffe farbiger Soldaten im besetzten Gebiet läßt die Regierung erklären, daß in allen Fällen von der Regierung geeignete Maßnahmen getroffen würden. Es folgt die Weiterberatung des Reichswehrhaushalts.

Abg. Schöpflin (Soz.) zollt der organisatorischen Leitung des Ministeriums bei der Neuordnung der Reichswehr volle Anerkennung, betont aber, daß es gebieterische Pflicht sei, gegen den Freikorpsgeist und sonstige sich breit machende Erscheinungen einzuschreiten. Auch sabotische Erscheinungen seien leider noch in der Reichswehr zu beobachten. Jedenfalls müßten die Soldaten wissen, daß sie sich gegen Mißhandlungen zu wehren hätten. Auch er glaube an die Verfassungstreue der Reichswehr.

Abg. Heile (Dem.): Wir sind mit Worten und Taten des Ministers völlig einverstanden und bedauern nur, daß es uns nicht mehr möglich ist, eine Wehr zu haben, die in der Tat ein Volksheer ist. Ringsum gibt es Militarismus, sogar in Polen und zwar unter Leitung eines französischen Generalstabschefs. Unsere Reichswehr ist nur eine Notwehr zum Schutze vor Bergewürgung von außen oder innen. Sie muß aber auch entsprechend gestellt werden, d. h. sie darf nicht unter Wohnungs- und Ernährungsschwierigkeiten leiden. Auch muß dem Soldaten Bildungsgelegenheit gegeben werden, damit er nach Abschluß seiner Dienstzeit eine bürgerliche Stellung einnehmen kann.

Abg. Erzing (Zentr.): Warum benimmt sich Frankreich wohl so nationalistisch? Es will draußen in der Welt Stimmung gegen uns machen und dazu muß die Reichswehr herhalten. Trotz der internationalen Kundgebungen, trotz der papierernen Resolutionen und der Sozialistenkongresse bleiben die Chauvinistenkreise in Frankreich maßgebend. Den Forderungen des Haushalts, die volkswirtschaftlicher Natur sind, stimmen wir zu. Nach Aufhebung der militärischen Gerichtsbarkeit sollte eine schnellere Aburteilung militärischer Straftaten vorgenommen werden. Redner warnt vor der Zulassung wirtschaftlicher Organisationen für Soldaten.

Abg. v. Gallwitz (D.nat.): Unsere Heeresverwaltung steht zu sehr unter der Einwirkung des Verbandes. Die darauf beruhenden Maßnahmen sind meist übereilt, so die Munitions- und Waffenvernichtung vom Vorjahre und die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Die Forderung des Familienwohnungsbaus entspricht unseren Wünschen ebenso wie der Ausbau des bürgerlichen Unterrichts. Redner schließt mit einem Anruf an den Wehrminister, sich standhaft zu zeigen gegen das Verlangen des Verbandes, nur auch den militärischen Geist auszuliefern.

Abg. Brünninghaus (D.Vp.): Die Rede Schöpflins steht in wohlwollendem Gegensatz zu der Frankfurter Rede des Mehrheitssozialdemokraten Weis, der sich bei seinen Verbandsgenossen noch wegen des kümmerlichen Reichswehretroffes entschuldigen zu müßig glaubte. Wer sich wehrt, macht, macht sich zum Spielball der Gegner. Wir erheben Einspruch auch dagegen, daß die Militärkommission, die nichts mehr bei uns zu suchen hat, sich nunmehr in unsere Dienstvorschriften und Reglements einmischt. Diese Fremden, die drei Jahre lang einen „heldenhaften“ Kampf gegen Wehrlose führen, bringen es fertig, sich immer noch hohe Gehälter von uns zah-

len zu lassen. (Protest auf der äußersten Linken.) Sie, Herr Crispian, haben ja gar kein Vaterland, das Deutschland heißt. Sie wissen vielleicht besser als ich, warum wir den Krieg verloren haben. Die französische Politik ist darauf gerichtet, die deutsche Reichseinheit zu zerschlagen. Deshalb würde ich es bedauern, wenn Reichswehr und Marine zum Tummelplatz der Politik gemacht würden. Unsere nationale Würde müssen wir behalten. Kein Mensch geißelt ohne Vaterland.

Nachdem Abg. Künstler (Unabh.) in längeren Ausführungen dargelegt hat, daß in weiten Volksteilen großes Mißtrauen nicht sowohl gegen den Bewilligungseifer für die Reichswehr bestehe, als vielmehr gegen die Reichswehr selbst, und behauptet hatte, daß nach wie vor Orgeorg-Organisationen beständen, die zum Teil unter dem Namen Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund dem verbotenen Handwerk nachgehen, erwidert Reichswehrminister Geßler: Die Spitzelberichte des Herrn Künstlers über Geheimorganisationen, mit denen die Reichswehr in Verbindung stehen soll, kenne ich auch. So laudum bin ich denn doch nicht, daß ich Dinge, die ich geheimhalten will, in Hunderten von Abzügen verbreite. Der eine Fall betrifft die Wach- und Schließgesellschaft, bei der ich meine Soldaten unterzubringen versuchte. So sehen die meisten Berichte über Geheimorganisationen aus. Zu den Mißhandlungen kann ich hier nicht Stellung nehmen. Dazu sind die Berichte da, deren Urteil abzuwarten ist. Für Korruptions- und Spitzelwecke ist kein Pfennig ausgegeben. Bringen Sie der Reichswehr Vertrauen entgegen; ohne Vertrauen kann nichts geheißen.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung der Sitzberatung.

Neues vom Tage.

Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen.

Berlin, 15. März. Die gestern fortgeführten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Bezüge der Angefallten und Arbeiter haben gute Fortschritte gemacht. Man hofft, daß die Verhandlungen heute Mittwoch zu einem guten Ende geführt werden.

Die Gewerkschaften und das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 15. März. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gewerkschaftsring und der Afa-Bund teilen mit, daß die in der Presse vom 14. März veröffentlichte Berichterstattung über die Sitzung, in der die Spitzenorganisationen über das Arbeitszeitgesetz der Eisenbahner beraten haben, nicht den Tatsachen entspricht.

Graf Podewils gestorben.

München, 15. März. Gestern vormittag ist der langjährige bayerische Ministerpräsident Podewils, der bis zum Jahre 1912 an der Spitze der bayerischen Staatsregierung stand, gestorben.

Abgelehnte Haftentlassung.

München, 15. März. Wie die „Münchener N. N.“ erfahren, hat das Gericht in Offenburg i. B. die Haftbefehle des Münchener Rechtsanwalts Dr. A. Müller, der unter dem Verdacht der Begünstigung der Ermordung Erzbergers steht, abgewiesen. Die Verwerfung der Beschwerde erfolgte, weil nach Ansicht des Gerichts noch eine geraume Zeit dazu nötig ist, weitere Aufklärung in dieser Hinsicht zu erzielen. Der Anwalt Dr. Müller wird gegen die Entscheidung des Offenburger Gerichts Beschwerde einlegen.

Der ober-schlesische Aufteilungsplan.

Paris, 15. März. Wie verlautet, ist gestern der Adjutant des Generals Le Rond in Paris eingetroffen, um dem Obersten Rat den Aufteilungsplan für Oberschlesien und für die Uebertragung der Hoheitsrechte in der deutschen und polnischen Zone zu überreichen.

Schaffung eines Saarparlaments.

Genf, 15. März. In Ausführung der Beschlüsse der Parteien des Saargebiets hat der Präsident der Regierungskommission für das Saarland einen Plan über die Schaffung eines Parlaments ausgearbeitet, der den Völkerverbundrat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen wird.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 15. März. Die Finanzminister von England,



Frankreich, Italien und Belgien haben das amerikanische Memorandum, in dem Amerika von der interalliierten Finanzminister-Konferenz die Rückzahlung der amerikanischen Besatzungskosten bis Mai 1921 verlangt, dahin beantwortet, die Washingtoner Regierung solle direkt mit den Alliierten-Regierungen verhandeln.

Paris, 15. März. Die „Chicago Tribune“ sagt, man nehme an, daß vom 1. Mai 1922 an die amerikanischen Besatzungskosten sich auf 65 000 Dollar täglich belaufen. Da die amerikanischen Truppen im Jahre 1922 auf 2500 Mann verringert werden sollen, würden diese Besatzungskosten für das am 1. Mai 1922 beginnende Jahr nicht über 4 Millionen Dollar hinausgehen.

Englische Ansichten.

Frankfurt a. M., 15. März. Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: „Die „Times“ teilt in ihrem Leitartikel mit, daß der Vorschlag des englischen Schatzamts auf der Pariser Konferenz eine kräftige Unterstützung durch die Italiener erhalten habe und daß die Londoner City starkes Interesse für den Plan bekunde, nach dem die Entscheidung über die eine Hälfte der deutschen Erfüllungen der Zukunft vorbehalten bliebe, während die andere teils durch Anleihen, teils durch Sachleistungen aufzubringen wäre. Die City betrachtet diesen Vorschlag als eine geeignete Grundlage, empfiehlt jedoch, die Frage der englischen Verschuldung an Amerika dabei außer Betracht zu lassen, zumal das Schatzamt die erforderlichen Zinszahlungen ja schon in den Haus halt einstellte. Nach dieser Darstellung befindet sich die ganze Angelegenheit noch durchaus im Anfang. Für die Haltung Englands ist es weiter bezeichnend, daß der „Daily Telegraph“ im Anschluß an die Mitteilung, daß die neutralen Staaten eine gemeinsame Vorbesprechung für Genua abhalten würden, betont, daß die Haltung und die Hilfeleistung der Neutralen unzweifelhaft wesentlich erleichtert würde, wenn die Wiederherstellungskommission noch vor Genua einen praktischen Plan aufstellen und auf den Weg der Verwirklichung bringen könnte. „Manchester Guardian“ ist der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten die deutschen Gelder unmittelbar bei Deutschland einfordern müßten. Der bekannte amerikanische Publizist Frank Simonds erklärt in den „Times“ in einem beachtenswerten Artikel, daß weniger der Ausschluß der Wiederherstellungsfrage, als vielmehr die geringe Neigung zur Entwaffnung für die Haltung Washingtons gegenüber Genua maßgebend sei. Er glaubt im übrigen, daß die Vereinigten Staaten nach einem guten Verlauf der Genueiser Konferenz etwa im Herbst zur Teilnahme an einer neuen Konferenz bereit sein werden.

Die englische Regierungskrise und Genua.

Paris, 15. März. In Pariser politischen Kreisen rechnet man damit, daß eine weitereuspitzung der englischen Regierungskrise mit einer Aufhebung der Konferenz von Genua gleichbedeutend sei.

Die britischen Flottenforderungen.

Amsterdam, 15. März. Aus London wird gemeldet: Bei Besprechung der Forderungen für die Flotte erklärte Lord Lee, Großbritanniens werde den Einmächte-Standpunkt einnehmen, d. h. die britische Flotte darf nicht schwächer sein als diejenige irgend einer anderen Macht.

Der Fall Hermes.

Berlin, 15. März. Die Unabhängigen haben ihre Interpellation gegen den Minister Hermes wegen angeblicher Bestechung „vorläufig zurückgenommen“, bis zur gerichtlichen Verhandlung in der Klage Hermes gegen die „Freiheit“. Dem Privatklageantrag des Finanzministers Hermes gegen die „Freiheit“ wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit hat sich auch die Staatsanwaltschaft aus öffentlichem Interesse angeschlossen. Das Gerichtsverfahren soll aus parlamentarischen Gründen beschleunigt werden. Mutmaßlich ist noch diesen Monat Verhandlungstermin in Berlin-Moabit.

Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

18. (Nachdruck verboten.)
Da, als die Not am höchsten gebrühen, hielt ihr Grete, die der Patientin meist in der Früh vor ihrem Fortgang Abschied sagte, einen Brief hin; sie schwenkte ihn wie eine weiße Triumphfahne in der Hand und mit nie versiegendem Humor rief sie: „Fräulein Wilma, da steht was Gutet drin; ich habe manchmal soone Muimuffe und die jehn immer in Erfüllung.“ rief sie lachend der Melonvalecentin entgegen.

Wilma mußte nun doch lachen über das Berliner Deutsch des gemüthlichen Mädchens und sah mit Spannung auf den Brief.

— Ach das war ja die Handschrift von ihrer Luise! Mit bebenden Fingern riß sie den Umschlag weg, sie war noch so schwach, daß selbst geringfügige Kleinigkeiten sie aufregten. Die Muimuffe von Grete Baum würden doch wohl getragen haben, denn was sollte von der armen alten Person Wichtiges für sie kommen? —

Jedenfalls dachte sie, Wilma wäre in der Metropole schon zu Geld gekommen, und sie wollte sie nun um ein Darlehen anfragen. Und Wilma hätte er in ihrem niedergebroschenen Zustand doch besonders weh getan, der alten Frau eine abschlägige Antwort geben zu müssen, und sich dabei selbst mit noch mehr Sorgen zu belasten, hatte sie doch immer noch große Zuneigung für die treue Pflegerin ihrer Kindheit.

„Na, Fräulein Wilma, nu sehe ich, nu machen Se man den Brief uff, un Rachmittag erzähle Se mir, wat jutet drinst.“ Mit einem vergnügten Lächeln war sie zur Tür hinaus. Morgens war es ja Sonntag, und da kam ihr Liebster, um sie in die blühende Frühlingssonne nach Werder zu führen.

Wilma hatte eben ihr Frühstück eingenommen. Das Fenster war geöffnet und von unten drang das Schreien der spielenden Kinder und die Ausdünstungen des Hotells herauf, wenn man sich aufreichte, konnte man sogar ein

Keine bürgerliche Koalition in Bayern.

München, 15. März. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, welche die volle Verantwortung für das Scheitern der bürgerlichen Einheitsfront der demokratischen Partei zuschiebt, die die Bänke und Anführungen der bürgerlichen Schichten des Landes misachtet habe.

Keine Konferenz in Genua?

London, 15. März. „Daily Mail“ berichtet aus Paris, es werde für sicher angesehen, daß infolge der Lage der britischen Regierung die für den 10. April angeordnete Konferenz von Genua nicht stattfinden werde. Im französischen Ministerium des Innern sei darauf hingewiesen worden, daß von Anfang an die Zustimmung Frankreichs zu der vorgeschlagenen Konferenz von Genua nur eine bedingte gewesen sei. — Der Pariser Berichtserfasser der „Westminster Gazette“ schreibt: In französischen politischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Konferenz von Genua auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Unter den augenblicklichen Umständen könne die Konferenz nicht stattfinden. Jetzt, da das Reparationsproblem ebenso wie das Abrüstungsproblem nicht zur Verhandlung komme, müsse man sich fragen, was Deutschland noch von Genua erwarte. Deutschland sei vollkommen in der Lage, zu einem Ueber-einkommen mit Rußland zu kommen, ohne sich mit ihnen in Genua an einen Tisch zu setzen.

Die französischen Schulden an Amerika.

Paris, 15. März. Der Pariser Korrespondent des Londoner „Daily Express“ meldet, Poincaré habe erklärt, Frankreich werde seine Kriegsschulden an Amerika zahlen und es sei nicht richtig, daß die französische Regierung jemals beabsichtigt habe, diese Rückzahlung nicht innezuhalten. Damit habe Poincaré die Behauptungen Loucheurs in seiner Bankett-Rede in Lyon ausdrücklich und formell dementiert. Loucheur hatte bekanntlich in Lyon sagt, Frankreich werde die Außenschuld an Amerika niemals zahlen können und wollen. Nun seien diese Behauptungen durch Poincaré dementiert worden. Allerdings habe Poincaré dem hinzugefügt, wenn Amerika seine Ansprüche etwas herabsetzen wolle, werden die Franzosen ihm dafür dankbar sein. Aber Frankreich werde nicht den geringsten Schritt unternehmen, um Amerika dazu zu erlauben. Ich habe Loucheur auf die Gefahr seiner Erklärungen aufmerksam gemacht und ihn ersucht, sie zu berichtigten. Unser Botschafter in Washington hat mir gelabelt, daß die Erklärungen Loucheurs in Amerika einen ungünstigen Eindruck gemacht haben. Ich habe sofort zurückgelabelt, der Botschafter solle Loucheurs Erklärungen dementieren. Ich bedauere außerordentlich, daß Loucheurs seine Berichtigung noch nicht unterbreitet hat.

Französisches Verlangen nach deutschem Privatbesitz.

Paris, 15. März. Der französische Abgeordnete Paul Reynaud beendete eben eine Studienreise in Deutschland und machte auf Grund derselben gestern im „Matin“ Vorschläge über die Lösung des Reparationsproblems. Er erklärt, daß Frankreich bisher 80 Milliarden Franken für den Wiederaufbau ausgegeben und noch nicht eine zurückbekommen habe. Im jetzigen Jahr müssen 20 Milliarden ausgegeben werden; bestenfalls würde Frankreich 350 Millionen bekommen. Eine Bezahlung könnte nur in Waren oder in Dienstleistungen erfolgen. Aber Deutschland exportiere weniger als es importiere. Solange die Handelsbilanz in Deutschland ein Defizit aufwies, könne Deutschland nicht in Geld bezahlen. Von den Reparationszahlungen in Natura hält Reynaud nichts. Wenn man sie sofort nach dem Waffenstillstand zugelassen hätte, dann wären die zerstörten Gebiete zum größten Teil auf Kosten Deutschlands wieder aufgebaut, heute aber habe sich die französische Industrie ausschließlich auf das Wiederaufbauwerk verlegt. Außerdem könne Deutschland seinen Industriellen keine Bezüge von Papiermark bezahlen, damit diese Frankreich Waren liefern.

winziges Stückchen blauen Himmel sehen, mit der nötigen Phantasie mußte man sich dann eben die schöne Gotteswelt hinzu denken! Mit bebenden Fingern und tiefen Sorgenfalten in dem jungen Gesicht entfaltete Wilma den Brief.

Beim Lesen aber verkümmerten sich ihre Züge immer mehr. — Ein Leuchten stieg in ihren Augen auf; nun brauchte sie sich ja nicht mehr in die lästige und unangenehme Abhängigkeit von Fremden begeben.

Herr, du mein Gott, das war wirklich Hülfe aus tiefer entsetzlicher Not gewesen!

Wilma ließ den Brief sinken und sandte einen dankbaren gegen den Himmel hinauf.

Luise schrieb an ihre frühere Herrin, daß sie von einer verstorbenen Tante ein kleines Bauerngütchen geerbt habe und bereits dort wohne. Sie schilderte Wilma in herzlichen Worten die kleinen Schönheiten ihres Besitzes und bat sie, falls sie noch nichts Besseres gefunden habe, ein Weilschen zu ihr zu kommen.

Wenn sie aber vielleicht schon zu Geld gekommen sei, so möge sie ihre Tage in Ruhe genießen und sie selbst würde ihres geliebten gnädigen Fräuleins in unwandelbarer Treue gedenken und sich mit ihr freuen. Sie sollte sich nur ja nichts entgegen lassen so schrieb das gute Wesen in selbstloser Liebe und unnötiger Kengstlichkeit.

Ja, die alte Getreue, die Hüterin ihrer Kindheit war sie gleich geblieben!

Also gab es doch noch Menschenherzen in der Welt, die sich der Belassenheit annahmen? — Wilma hatte bereits daran gezweifelt.

Luise hatte ihr außer der körperlichen Wohltat auch noch eine andere seelische erwiesen, — sie hatte ihr den Glauben an die Menschheit wiedergegeben, den sie schon ganz verloren hatte.

Nun war aller Kummer auf einmal weg.

Jetzt hatte sie einen Zufluchtsort, an den sie sich immer wieder retten konnte, wenn sie des Gedröhres und Gebrauses müde war, wenn ihre Nerven gebrochen wa-

Die Lösung des Problems liege in einer Wegnahme des Kapitals der deutschen Privatleute. Reynaud bezieht sich dabei auf Vorschläge des Staatssekretärs Hirsch, wonach das Kapital aller Aktiengesellschaften um ein Fünftel vermehrt werden sollte. Die neuen Aktien sollten aber nicht in die deutsche Staatskasse, sondern in die Kasse der Reparationskommission gegeben werden. Außerdem sollte eine Hypothek auf alle deutschen Gebäude in der Höhe eines Fünftels ihres Wertes genommen werden. Dieser neue Hypothekentitel soll ebenfalls der Reparationskommission übergeben werden. Man würde dadurch 40 Milliarden Goldmark erlangen, die alljährlich Dividenden und Zinsen abwerfen und als Sicherheit für eine in Newyork und London auszugebende Anleihe dienen könnte.

Es gäbe zwei Wege in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, entweder den Weg der Gewalt oder den der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Es müßten Handelsabmachungen, gemeinschaftlichen Kohlen- und Bergwerkshandlate geschaffen werden, Abmachungen sollten getroffen werden, damit gemeinsam der Preis des Kalis festgesetzt werde. Ein Syndikat für die kommerzielle Durchdringung Rußlands sollte errichtet werden. Außerdem aber müßten Verträge abgeschlossen werden, worin Deutschland und Frankreich sich ihre gegenwärtigen Grenzen garantieren. Würden all diese Verträge zustande kommen, dann könnten die Sanktionen aufgelassen und die Besatzungstruppen könnten um die Hälfte vermindert werden. Deutschland würde die Welt stabilisieren, die sich allmählich ihrem normalen Kurse nähern würde.

Württemberg.

Stuttgart, 15. März. (Die Aushändigung der Lehrergelalte.) Durch die Errichtung der Staatsrentämter sind die örtlichen Kassen von der Verpflichtung zur Aushändigung der Lehrergelalte nicht entbunden. Die örtlichen Kassen haben die Lehrergelalte in der bisherigen Weise vorläufig weiter ausbezahlt. Die Staatsrentämter übernehmen die Auszahlung der Lehrergelalte nur insoweit, als dies seither schon von den Finanzämtern unmittelbar geschehen ist.

Stuttgart, 15. März. (Verband württ. Industrieller.) Am Dienstag hielt der Verband württ. Industrieller im Rathausaal seine Mitgliederversammlung, die aus dem ganzen Lande zahlreich besucht war. Der Vorstand, Dr. Ing. Robert Bosh, leitete die Verhandlungen und gab einen Rückblick über die allgemeine Wirtschaftslage seit der Revolution mit besonderer Beziehung zur württ. Industrie. Die Revolution habe viel Niederes gebracht, aber auch Gutes, das man schätzen und als etwas Gegebenes hinnehmen müsse. Anerkannt wurde die Haltung der württ. Eisenbahnen bei der letzten Streikbewegung. Der Redner berührte dann die Frage des Achtstundentags und meinte, daß, wenn nur 8 Stunden Arbeit geleistet werde, diese eben intesiver sein müßte. Man müsse damit rechnen, mehr arbeiten zu müssen, vielleicht 9 Stunden. Auch die Industriellen müßten sich mit diesem Gedanken vertraut machen. Daraus erstattete der Geschäftsführer des Verbands, Dr. Knehr, den Bericht des letzten Jahres, wobei er auf das Ultimatum, die Konferenz von Cannes und die neuere politische und wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen kam. Im einzelnen zeigte er, wie der Verband die württ. Industrie in verschiedenen Fragen vertreten habe und vorstellig geworden sei, so in der Steuerfrage, in der Frage des Verkehrswesens und der Post, die mehr kaufmännischen Geist erfordern, in der Frage der Handelsverträge, in der Mitwirkung bei Errichtung von Konsulaten in Stuttgart, beim deutschen Reisewesen und bei den Fragen des Luftverkehrs. Geschäftsführer Dr. Knehr besuchte die Mitwirkung des Verbands auf sozialem Gebiet, so in der Mittelstandsnothilfe und bei den Siedlungsvereinen. Schatzmeister Fabrikant Bollmüller-Böhringen a. F. gab den Finanzbericht. Die Mitgliederbeiträge müssen erhöht und sollen im Verhältnis zur Arbeiterzahl geregelt werden. Nach Erledigung einiger

ren, dann konnte sie sich dort gesund pflegen lassen. Dann ging es aus dem sicheren Ruhehaken von neuem frisch und fröhlich in die Arbeit hinein.

Nun würde sie mit tödlicher Sicherheit das Ziel erreichen, das sie sich gesteckt. Sie wußte es ganz gewiß, denn nun hatte sie die nötige Spannkraft gefunden, war ihr doch zumute, als sei ihr ein köstliches Himmels-geschenk zuteil geworden.

Eine namenlose Seligkeit durchflutete das arme, bisher so zermürbte Herz und sie spann sich in selbige Zukunftsträume: Wer konnte wissen, ob nicht gar die alte treue Pflegerin ihr das nötige Geld zur Einrichtung eines Lebens geben würde. Auch konnte Luise dann im Winter ihr Häuschen zuschießen und Wilma in Berlin die Wirtschaft führen.

Langsam rannen zwei große befreiende Tränen über Wilmas Wangen, ihre mageren Finger krampten sich zum Gebet über dem Briefblatt zusammen.

Nun war sie erhört!

Sie griff selig den Gedanken der Reise auf und berichtete auch Frau Puhlike davon. Schon am Nachmittag ging die Antwort und zugleich Zusage nach Brei-hof, so hieß der Herrschaftssitz Luises, ab.

Frau Puhlike tat es nun mit einem Male leid, die solide Mieterin zu verlieren. So wandelbar sind nun mal die Menschen; aber sie beruhigte sich wieder, als Wilma ihr sagte, daß sie ihr Zimmer vorläufig nur für den Sommer aufzugeben gedente und dann sicher wieder zurückkehre. Den Schlüssel ließ sie auch da, denn sie wollte nur den Handkoffer mitnehmen.

„Er ist jutt bei mich uffgehoben, Fräuleinchen,“ sagte Frau Puhlike stolz, „denn sehen Se, Mäuse und Motten un so wat jieht et bei de Puhlicken nich!“

Der Frieden im Hause Puhlike war wieder hergestellt und auch Grete Baum freute sich des Glückes der Freundin, die, nach einigen Dankesworten an den Arzt, am Tage darauf nach Brei-hof fuhr.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftlichen Berichter des Vorstandsmitglied des Verbands, Fabrikant Wg. Emil Roth-Meuldingen über Industriefragen im württ. Landtag. Er beleuchtete die Frage des Zusammenflusses von Württemberg und Baden, die namentlich in den Grenzorten betrieben wird, wies auf die Gründung der schwäbischen Hüttenwerke hin, die namentlich besser arbeiten und kam auf die Eingaben des Verbands um bessere Berücksichtigung der württ. Industrie-Interessen in Berlin zu sprechen. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Tagung geschlossen.

Stuttgart, 15. März. (Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.) Vom Verband württ. Metallindustrieller wird uns mitgeteilt: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat eingesehen, daß die Eröffnung eines großen wirtschaftlichen Kampfes wegen Einführung der 48-Stundenwoche an Stelle der bisherigen 46 Stunden von niemand verstanden wird, am wenigsten von seinen eigenen Mitgliedern, soweit sie nicht ganz von radikalen Phrasen sich beherrschen lassen. Er versucht es deshalb jetzt mit der Behauptung, daß die Ablehnung des Schiedsspruchs erfolgt sei, weil die materiellen Zugeständnisse bezüglich der Teuerungszulage zu gering seien. Demgegenüber stellen wir fest, daß die ganze Agitation, die in den Betrieben vor der Abstimmung im Sinne einer Ablehnung des Schiedsspruchs betrieben wurde, sich lediglich gegen die Regelung der Arbeitszeitfrage wandte. Auch die Konferenz der Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes am Samstag, 5. März, hat sich fast ausschließlich mit der Arbeitszeitfrage beschäftigt und die Teuerungszulage ganz als Nebensache behandelt. Tatsächlich hat der Schlichtungsausschuß die Lohnzulage sehr reichlich bemessen, schon um die Annahme des Schiedsspruchs durch die Arbeiter zu erleichtern. Die Lohnzulagen der letzten 5 Wochen betragen jeweils für den verheirateten Arbeiter ab 1. Februar 1 Mk., ab 16. Febr. dazu 1.30 Mk. und ab 8. März weitere 1.70 Mk., zusammen also 4 Mk. für die Stunde = 800 Mk. monatlich. Die Forderung des Metallarbeiterverbandes belief sich, nachdem ab 1. Febr. 1 Mk. vereinbart war, noch auf weitere 4 Mk., von denen der Schlichtungsausschuß 3 Mk. bewilligt hat, ein Ergebnis, mit dem die Arbeiterchaft sich zweifellos zufrieden geben würde, da es den sonst bei Lohnbewegungen üblichen Erfolg erheblich übersteigt. Weiterhin wird jetzt behauptet, das Haupthindernis für die Annahme des Schiedsspruchs durch die Arbeiter liege darin, daß die Arbeitgeber es ablehnen, die Zugeständnisse zu machen, die im neuen Heidelberger Abkommen als Gegenwert für die Einführung der 48stündigen Arbeitszeit vorgesehen waren. Dies ist eine direkte Unwahrheit. Auch jetzt noch kann die Metallarbeiterchaft alle diese Zugeständnisse sofort sichern. Sie braucht nur den Metallarbeiter-Verband zu veranlassen, daß er den am 10. und 11. Januar geschaffenen Entwurf des Heidelberger Abkommens für den ganzen Geltungsbereich, für den der Entwurf vorgesehen ist (Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart) unterschreibt. Sobald dieses Abkommen für die genannten süddeutschen Bezirke zustande kommt, sind auch die württ. Metall-Industriellen an dasselbe gebunden. Die Arbeitgeberseite hat sich schon früher zur Unterzeichnung des Abkommens bereit erklärt, sie ist es auch jetzt noch unter der erwähnten Voraussetzung des für das Abkommen von Anfang an vorgesehenen Geltungsbereichs.

Heilbronn, 15. März. (Zu Tode gedrückt.) Dieser Tage wurde in der Bierbrauerei Cluß der im Betrieb beschäftigte Karl Dieterich zu Tode gedrückt. Er wollte hinter einem Auto vorbeigehen, das rückwärts an die Verlade rampe fuhr. Es wurde ihm hierbei der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod eintrat.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck läßt nach, am Freitag und Samstag ist aber noch vorwiegend trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Kurze Chronik.

In Grobottwar fuhr am Dienstag abend ein besetztes Auto in voller Fahrt auf einen Telefonmasten. Einige Insassen erlitten schwere Verletzungen, der Mast wurde aus dem Boden herausgerissen. — Ein Großfeuer ereignete sich in Mössingen, wo zwei Wohnhäuser und eine Scheuer niederbrannten. Eine Frau Mader rettete sich mit ihrem 13jährigen Ruben durch einen Sprung aus dem Fenster; die Frau liegt todkrank darnieder. — Im Patriarchentaler von 95 Jahren starb in Ulmstadt-Rottweil Lehrer a. D. Josef Martold. — Beim Auspugen von Obstbäumen in Reichenberg, O. Graßheim, stürzte ein Mann so unglücklich, daß er das Genick brach und tot liegen blieb. — Der Kronleuchter in der Merazhofener Pfarrkirche stürzte am Sonntag von der Decke nieder. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. — Als diebische Ester erwies sich eine wohlhabende Bauerfrau in einem Orte bei Höchstädt, die ihrem Nachbarn mehrmals Eier aus dem Hühnerstall entwendete. — Die kommunistische Zeitung „Oberwälbische Freie Presse“ in Ravensburg hat ihr Erscheinen eingestellt. — Der Stadel des Gasthauses „Zum Lamm“ in Hemigkofen ist mit allen Futtermitteln niedergebrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Baden.

Karlsruhe, 15. März. In einer hier abgehaltenen Ausschusssitzung des Bad. Städtebundes (Verband der mittleren Städte) wurden gegen die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 5 Prozent des Steuerwerts der Gebäude Einwendungen nicht erhoben. Angestrebt soll aber werden, daß diese Abgabe in eine Abgabe nach Prozenten des Mietwerts umgewandelt wird. Bezüglich der Verteilung der vom Lande für Vandalen bewilligten 210 Millionen Mark wünscht der Ausschuß, daß die Gemeinden vor der Aufstellung des Verteilungsschlusses angehört werden. Zum Jahresgehalt soll beantragt werden, daß die Ruheholungsverordnung der Gemeindebeamten grundsätzlich demjenigen der Staatsbeamten gleichgestellt wird.

Das fernere Anstelle des Prämienstystems das Umlageverfahren gesetzt wird und daß schließlich die Selbstversicherung der Gemeinden zugelassen wird. Der Anregung des Reichsarbeitsministers, die Sonntagstraße im Handelsgewerbe unter gewissen Voraussetzungen und in beschränktem Umfang, namentlich in den Gemeinden, die auf Landwirtschaft angewiesen sind, aufzuheben, hat der Städtebund beigestimmt. Ferner beschloß er, eine Preisprüfstelle der bad. Stadtbaumeister zu errichten, die das Material über die jeweilige Preisbildung auf dem Baustoffmarkt sammeln und den Gemeinden bei ihren Bauten hierüber Auskunft geben soll.

Karlsruhe, 15. März. Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Karlsruhe, besaßte sich mit den Lohn- und Gehaltsverhandlungen in Berlin und forderte zur Behebung der größten Notlage die unverzügliche Auszahlung einer angemessenen Summe für die Zeit vom 15. Januar 1922 bis zum 1. März 1922. Schließlich forderte die Versammlung, daß mit Wirkung vom 1. März 1922 eine durchgreifende Lohn- und Gehaltssteigerung entsprechend den Teuerungsverhältnissen erfolgt.

Karlsruhe, 15. März. Im Alter von 74 Jahren ist Oberbaurat a. D. Friedrich Kriebell gestorben.

Forstheim, 15. März. Die Besetzung des vierten Bürgermeisterspostens für den zum Bürgermeister von St. Georgen gewählten früheren Abgeordneten Stöfger ist immer noch nicht erledigt. Neuerdings fanden wiederum Besprechungen der Vorstände der Bürgerausschussfraktionen in dieser Frage statt. Es ergab sich dabei, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen Partei, auf dem bisherigen Standpunkt noch stehen, daß der mehrheitssozialdemokratischen Partei als der größten Partei auf dem Rathaus eine Vertretung in einer der oberen Stellen der Stadtverwaltung (besonderer Stadtrat) grundsätzlich zuzubilligen sei. Voraussetzung der Wahl sei die Befähigung des Kandidaten. Der von den Mehrheitssozialdemokraten vorgeschlagene Kandidat wurde aber von den bürgerlichen Parteien nicht angenommen.

Baden-Baden, 15. März. Vorgestern abend fand hier eine Massenversammlung der gesamten Geschäftswelt und Bürgerchaft gegen die Ausschreitungen statt, die sich bei dem kürzlichen Generalfreik hier abgespielt haben, wobei Laden- und Geschäftsinhaber zur Schließung ihrer Läden gezwungen wurden. Der Vertreter der Handelskammer Karlsruhe, E. Schmitt, verurteilte die Vorkommnisse, wie das auch von mehreren Diskussionsrednern geschah. Der Vertreter der Ärzteschaft erklärte in deren Auftrag, bei Wiederholung eines solchen Generalfreiks eventl. kranke Familienmitglieder der Streikenden nicht behandeln zu wollen. Der die Versammlung leitende Ausschuß wurde in Permanenz erklärt, um für Wiederholungen eines neuen Streiks und seiner schweren wirtschaftlichen Folgen Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Kastatt, 15. März. Im früheren Gefangenenlager wurden vier Diebstähle verübt, wobei eine größere Menge isolierter Kupferdraht im Gesamtwert von 12—15 000 Mark entwendet wurde. Als Täter wurden ein Installateur, ein Schlosserlehrling und ein Tagelöhner, sämtlich liche von Kastatt, verhaftet.

Mannheim, 15. März. Der 26jährige Kriegsinvalide Alfred Brand aus Düsseldorf stürzte sich, wahrscheinlich aus Lebensüberdruß, bei der Friedrichsbrücke in den Neckar. Der Lebensmüde, der im Krieg beide Beine verloren hat, wurde von einigen Personen wieder aus dem Wasser gezogen.

Vermischtes.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aus New York wird dem Deutschen Auslands-Institut in Stuttgart berichtet: In den letzten sechs Monaten des verfloffenen Jahres kamen 179 134 Einwanderer in den Vereinigten Staaten an. Von diesen waren 10 294 Reichsdeutsche, 2436 Oesterreicher, 2221 Schweizer, 12 216 aus Tschechoslowakien, 46 aus Danzig, 5557 aus Ungarn, 86 aus Luxemburg. Die meisten Einwanderer kamen aus Italien, nämlich 39 811, dann folgt Polen mit 25 809, Großbritannien-Irland mit 25 436, Rußland schickte 13 015. Aus verschiedenen Ländern dürfen nach dem geltenden Gesetz bis zum 1. Juli 1922 keine weiteren Einwanderer zugelassen werden. Zu diesen Ländern gehören Griechenland, Jugoslawien, Polen, Portugal, Spanien und Neuseeland. Die Einwanderungsquote anderer Länder dürfte in einem Monat ebenfalls zu Ende sein. So können aus Belgien im laufenden Finanzjahr nur noch 148, aus Tschechoslowakien nur noch 2053, aus Italien nur noch 2220, aus Luxemburg nur noch 6 Personen einwandern. In bezug auf andere Länder dürfte die Einwanderungsquote kaum erschöpft sein. So können aus Oesterreich im laufenden Rechnungsjahr 7444 Personen einwandern und in den hier zur Rede stehenden 6 Monaten sind erst 2456 angekommen. Für einige andere Länder sind die Ziffern wie folgt: Die Quote Deutschlands ist 68 039 und die Einwanderung betrug wie oben nur 10 294. Norwegen kann im Jahre 12 118 Einwanderer schicken, hat aber in den 6 Monaten nur 2850 geschickt, Schweden hat eine Einwanderungsquote von 19 956, aber erst 5095 Schweden sind angekommen. Die russische Quote beträgt 34 247 und die Zahl der russischen Einwanderer in den sechs Monaten war nur 13 015. Großbritannien hat eine Einwanderungsquote von 77 006, aber während der ersten sechs Monate wanderten nur 25 436 Angehörige Großbritanniens nach den Vereinigten Staaten aus.

Das größte Braunkohlenbergwerk der Welt. Das größte Braunkohlenvorkommen der Welt befindet sich unmittelbar vor den Toren Leipzigs. Genaue Messungen haben ergeben, daß an der Eisenbahnstrecke Leipzig-Hof in einem Flächenraum von 12 Quadratkilometern mächtige Kohlenlöcher von 7 bis 18 Meter Durchmesser lagern, die dem Tagbau zugänglich sind, weil sie höchstens in einer Tiefe von 40 Metern festgestellt sind. Der Freistaat Sachsen wird den Abbau in eigener Regie vornehmen.

Das Kohle den zu erfassenden Kohlenreichtum auf etwa eine Viertelmilliarde Tonnen, die man erst in einem Zeitraum von 100 Jahren abzubauen gedenkt. Die Tagesförderung wird auf 7000 Tonnen = 700 Eisenbahnwagen geschätzt. Die Ausnutzung der ganz hochwertigen Braunkohle soll ein Großkraftwerk befragen, das mit einer Erzeugungsmöglichkeit von 1 200 000 Kilowatt das ganze westfälisch-thüringische Industriegebiet mit Energie beliefern kann. Daneben werden noch Bräunfabriken errichtet, die ebenfalls in ihrer Größe alle bisher existierenden Anlagen in den Schatten stellen werden. Die Tagesproduktion wird auf 100 Eisenbahnwagen Bräunreife errechnet.

In Rom aufgefundenen Apostelbilder. Der italienische Forscher Professor Lanciani, einer der ausgezeichneten lebenden Archäologen, insbesondere auf dem Gebiet der altrömischen Geschichte hat bei Arbeiten für eine Autogarage in Rom das Hypogäum freigelegt. An der Wand des unterirdischen Katakombegebildes hat er Bilder gefunden, die die 12 Apostel darstellen. Die Bilder sind nach seiner Schätzung von einem Künstler gemalt, der im 2. Jahrhundert nach Christi lebte, was er aus einigen Grabsteinen schloß, die sich in Hypogäum befinden und die die Jahreszahl 137 tragen. Die Malerei dieser Bilder steht auf einem hohen Niveau, die Köpfe sind scharf charakterisiert. Die Bilder sind daher sicherlich nicht später als in der 2. Hälfte des 2. Jahrhunderts gemalt von einem Künstler, der in seiner Jugend nach Jerusalem der Apostel gesehen und gesprochen hat.

Der drohende Ausbruch des Vesuv. Der Vesuv ist, wie schon berichtet, wieder in Tätigkeit getreten. Im Innern des Kraters ist die Lava in stetem Steigen begriffen. Ihr Niveau ist am Nordostende des Kraters nur noch etwa dreißig Meter unter dem Kraterand. Angesichts des riesigen Umfangs des Kraters, dessen Durchmesser mehr als einen halben Kilometer beträgt, ist es unberechenbar, wann sich die Lavamassen nach außen ergießen werden. Aus Torre del Greco, Torre Annunziata, Boscorecaje und Boscoreale, die nicht mehr als sechs bis sieben Kilometer vom Kraterand entfernt sind, sind viele der Einwohner nach Neapel geflohen. Aber auch in Neapel selbst sieht die Bevölkerung den kommenden Ereignissen ängstlich entgegen, da man einen Ausbruch befürchtet.

Der Amerikaner: Schwiegervater in spe: „Noch eins, mein bester Baron, haben Sie Schindeln?“ Baron (halb verlegen): „Leider, nahezu 100 000 Mk.“ Schwiegervater (lächelnd): „Scheinbar Verbindlichkeiten gegen den Schneider und die Wäschfrau, (in die Westentasche greifend) nun, wir wollen den guten Deutschen ihre Kleinigkeiten nicht länger vorenthalten!“

Liebe Jugend. Es war in den Tagen des allgemeinen Vörsenfiebers. Bankier K. hat in seinem Privatzimmer einen Kunden, der, je länger die Besprechung dauert, um so aufgeregter wird, so daß jener auf die übliche Frage: „Und was können Sie mir empfehlen, Herr Bankier?“ den Bescheid gibt: „Vor allem Ruhe!“ Hier auf der Besuche: „Und wem soll ich Sie mir davon besorgen?“

Das schönste Baby Württembergs. In der neuesten Nummer der „Vörsiger Illustrieren“ wird das Ergebnis eines Preiswettbewerbs „Das schöne Kind“ in der genannten Zeitschrift bekanntgegeben: Von den zur Auswahl und Entscheidung der Leser gestellten 10 Babybildern stelen auf das Bild der 17 Monate alten Marianne Blocher in Neugestetten 10 533 Stimmen von insgesamt 47 973 Stimmen. Den Eltern des Kindes fiel ein Preis von 1000 Mk. zu. Es handelt sich um ein vorzüglich aufgenommenes Bild eines allerliebsten Kindes. Bei diesem Preiswettbewerb hat Baden (Karlsruhe) den Sieg mit dem schönsten Knaben davongetragen.

Der erste Volkenträger in Berlin. In Berlin hat sich eine Turnhaus N. G. zusammengesunden, die sich mit der Absicht trägt, nach amerikanischem Muster einen Häuserblock in der Nähe des Reichstagsgebäudes bei der Friedrichstraße zu erstellen. Dieser erste Volkenträger in Berlin wird rund 50 000 Quadratmeter Büroräume in sich aufnehmen, womit der Wohnungsnot in Berlin in etwas abgeholfen werden kann. Durch Freiwerden der jetzigen Büroräume werden neue Wohnräume geschaffen und zugleich mehreren hundert Arbeitern und Angestellten dauernde Arbeitsgelegenheit gesichert. Da der Berliner Magistrat die Pläne der Stadtverordnetenversammlung bereits vorgelegt hat, so wird mit dem Tiefbau in kurzem begonnen werden können.

Die Beamtenzahl im Deutschen Reich. Nach einer in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ besprochenen Denkschrift des preussischen Landesfinanzamtspräsidenten Dr. Schwarz, betrug die Zahl der Reichs- und Landesbeamten bei Ausbruch des Kriegs im Deutschen Reich rund 750 000, im Jahr 1920 dagegen 1 000 000. Es ist mithin im Reich und in den Ländern zusammengenommen eine Stellenvermehrung von rund 1/3 Million oder 34,11 Prozent, also um ein reichliches Drittel eingetreten. Unter Berücksichtigung der durch die Gebietsabtretungen verringerten Bevölkerungszahl (etwa 10 Prozent) ergibt sich eine Steigerung um 49 Prozent oder rund die Hälfte. Die Gesamtzahl aller Gemeindebeamten einschl. der Dauerangestellten schätz Schwarz nach dem Stand von 1920 auf 300 000. Hiernach würden im Reich, in den Ländern und in den einzelnen Gemeinden nach dem Stand von 1920 insgesamt 1,3 Millionen Beamten vorhanden gewesen sein. Die einzelnen Beamtengruppen waren an der Zunahme der Reichsbeamtenstellen wie folgt beteiligt: Untere Beamte (Gruppe I—IV) mehr 31,4 Prozent, mittlere Beamte (Gruppe V—IX) mehr 19,9 Prozent, höhere Beamte mehr 3,8 Prozent. Die Zahl der unteren Reichsbeamten hat sich also annähernd um ein Drittel, die der mittleren um ein Fünftel erhöht. Bei der Eisenbahn- und Postverwaltung allein sind die Stellen der unteren Beamtenzahl bedeutend vermehrt worden, so bei der Eisenbahnverwaltung um 33,9 Prozent, bei der Postverwaltung um 35,9 Prozent. In den beiden großen Betriebsverwaltungen wurden für untere Beamte über 110 000 neue Stellen geschaffen. Die mittleren Beamtenstellen weisen in der Eisenbahnverwaltung nur eine Zunahme von 7,4 Prozent, die höheren Beamtenstellen sogar

Eine Abnahme von 8,9 Prozent auf; in der Pöf-
verwaltung beträgt die Zunahme der mittleren Be-
amtenstellen 4,4 Prozent, für die höheren Beamten-
stellen ergibt sich hier sogar eine Abnahme um 15,6
Prozent. Im ganzen entfallen die in der Zeit von
1914 bis 1920 neu geschaffenen 145 000 Reichsbeam-
tenstellen zu rund drei Viertel (73,8 Prozent) auf die
unteren und zu einem Viertel (25,8 Prozent) auf
die mittleren Beamten, die höheren Beamten sind nur
mit 0,4 Prozent beteiligt. Verhältnismäßig noch stär-
ker als in der Reichsverwaltung hat die Zahl der Be-
amtenstellen in den einzelstaatlichen Verwaltungen zu-
genommen.

Pachtordnung. Dem Vernehmen nach ist der
Gesetzentwurf über die Verlängerung der Pachtver-
ordnung am letzten Samstag im Reichskabinett ge-
nehmigt worden. Wichtige Änderungen, außer Schaf-
fung einer Berufsinstantz, sollen nicht vorgesehen sein.
Insbesondere sind die vom Reichsarbeitsministerium
anfänglich geplanten Bestimmungen, wonach die Geld-
entwertung als solche bei Venderung der Leistungen
aus dem Pachtvertrag unbeachtet bleiben sollte, nicht
aufgenommen. Der Entwurf wird demnächst den ge-
setzgebenden Körperschaften zugehen und dann wird es
Sache der Abgeordneten sein, darüber zu bestimmen.

Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. Das
am 1. März 1922 in Kraft getretene Gesetz über den
Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und die
hieszu ergangenen Ausführungsbestimmungen enthielten
u. a. besonders die Vorschrift, daß außer der Reichs-
bank und den Staatsbanken zur Bekämpfung illegiti-
mer Devisenspekulation nur solche Banken und Ban-
kiers Devisengeschäfte betreiben dürfen, die nach dem
Kapitalfluchtgesetz das sog. Depositenannahmerecht be-
sitzen. Für alle anderen Banken, Geschäftsfirmen und
Genossenschaften bedarf es zur Vornahme von De-
visengeschäften einer besonderen Bescheinigung durch
die Handelskammer darüber, daß ihr Gewerbebetrieb
Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel regelmä-
ßig mit sich bringt. Eine solche Bescheinigung ist für
alle gerichtlich eingetragenen Firmen und Genossen-
schaften zur Vornahme von Devisengeschäften ab 1.5.
1922 vorgeschrieben. Die Bescheinigungen können für
den Bezirk der Handelskammer Stuttgart ab 20. 3. 1922
bei der Handelskammer Stuttgart, Kanzleistraße 35,
beantragt werden.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 16. März 1922.

Sitzung des Gemeinderats vom 8. März 1922.

Armen sachen. In Anwesenheit der beiden Herren
Geistlichen werden verschiedene Armenunterstützungen be-
willigt und Zahlungsanweisungen erledigt.

Notstandsmaßnahmen für Invalide n-
rentner u. s. w. Zur Ausführung des Gesetzes über Not-
standsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnempängern
der Invaliden- und Angestelltenversicherung wird vom
Gemeinderat beschlossen: Als Stelle der Gemeindeverwal-
tung, welche die Anträge entgegenzunehmen und die Unter-
stützung festzustellen hat, wird das Stadtschultheißenamt
bestimmt. Die Auszahlungen erfolgen durch das städt.
Arbeitsamt unter Aufsicht der Stadtpflege. Den Unter-
stützungsausschuß bilden: der Stadtvorstand bzw. dessen
Stellvertreter und 2 Beisitzer. Als solche werden auf die
Dauer von 1 Jahr, d. h. bis 31. März 1923 berufen:
Gemeinderat W. Eitel, Gemeinderat Ludwig Kappelmann,
Stellvertreter Gemeinderat Großmann. Aus dem Kreise
der Versicherter oder Rentenempfänger zur Wahrnehmung
der in § 5 Abs. 3 der Volkz.-Verf. bezeichneten Aufgaben
werden vom Gemeinderat gewählt: Gemeinderat W.
Wacker, Stellvertreter H. Bausert.

Abgabe von Nugholz an die Handwerker.
Den hiesigen Schreiner-, Glaser-, Wagner- und Zimmer-
meistern werden je nach Bedarf kleinere Mengen Nugholz
zum Preise von 350 % der Forsttage für 1922 ohne
öffentlichen Ausschreib abgegeben und zwar jedem Zimmer-
meister bis höchstens 7 Fm., jedem Schreinermeister bis
höchstens 5 Fm., jedem Glaser- und Wagnermeister bis
höchstens 3 Fm. Die Weiterveräußerung des Holzes wird
bei einer Vertragsstrafe von 500 Mark für 1 Fm. und
bei Vermeidung des Ausschlusses bei künftigen Holzab-
gaben verboten.

Der Württ. Schwarzwaldberein hat bei einer
neulich abgehaltenen Tagung seines Hauptausschusses den
reiflich erwogenen Plan gutgeheißen, das Andenken seiner
im Weltkrieg gefallenen Mitglieder nicht durch eines der

landläufigen Denkmäler zu ehren, sondern durch die Er-
richtung eines Gedächtnishauses, das schlicht und
würdig in landschaftlich hervorragender Lage dem an-
spruchsloser Wanderer nach Art der Alpenhütten Unter-
kunft zu billigem Preise bieten und auch eine Jugendher-
berge enthalten soll. Ein Platz am Schliffkopf ist dafür
in Aussicht genommen; der Bauplan ist von Baurat Prof.
F. Schuster-Stuttgart entworfen. Indem der Verein in
dieser Form der Ehrung das Andenken an seine Gefallenen
dauernd wach zu erhalten sucht, will er zugleich zeitgemäß
und praktisch der Allgemeinheit dienen, insbesondere dem
einfachen und erholungsuchenden Wanderer und Natur-
freund. Es ist ja ein vielbelaagter Uebelstand, daß gerade
im Schwarzwald bei dem übergroßen Zustrom von Frem-
den Gasthofeinkehr mit unverhältnismäßigem Aufwand ver-
bunden und Unterkunftslosigkeit vielfach ausgeschlossen
ist. Die Kosten, die ein Bau wie der geplante derzeit
erfordert, übersteigt freilich die eigene Leistungsfähigkeit
des Vereins bei weitem; er sieht sich daher veranlaßt,
auch weitere Kreise für dieses gemeinnützige Unternehmen
zu gewinnen, und wendet sich an die vielen Freunde
unseres Schwarzwalds mit der Bitte um Unterstützung
durch Stiftungen oder Zeichnung von Anteilscheinen, die
späterhin zur Heimzahlung ausgelöst werden sollen. Die
Geschäftsstelle des Württ. Schwarzwaldbereins, Schelling-
straße 15 Stuttgart, nimmt Zeichnungen und Spenden
entgegen. Möge das gutgemeinte Werk in absehbarer
Zeit sich ausführen lassen!

* **Notiz.** Zu unserem gestrigen Bericht über den
Familienabend des Liederkranzes bedarf es noch eines
Nachtrags. Herrn Fr. Hoffmann, Lehrer an der Höheren
Handelschule, erfreute die Teilnehmer mit einem selbst-
verfaßten Gedicht, betitelt: „Die letzten Gothen“. Vor-
trag und Inhalt waren eine vorzügliche Leistung und
würden wir uns freuen, gelegentlich weiteres von ihm zu
hören. — Leider haben sich in genanntem Bericht zwei
sinnentstellende Fehler eingeschlichen, die hiemit richtig ge-
stellt seien: In Zeile 15 soll es anstatt — daß er, daß
es seitens des Liederkranzes . . . ; ferner in Zeile 18
anstatt bei der Handelschule . . . bei der von der
Handelschule u. s. w. heißen.

Wohnungsabgabe.

Nach der Vollzugsverordnung zum Wohnungsabgabe-
gesetz sind von der Abgabe für Staat und Gemeinde ins-
besondere befreit:

1. Gebäude, welche zu öffentlichen Zwecken dienen,
ohne dem Eigentümer einen ökonomischen Nutzen abzu-
werfen, mit Ausnahme der Pfarrgebäude und Schullehrer-
wohnungen mit Zubehörenden, sowie der Dienstwohnungen
der Beamten;
2. Gebäude, die den Zwecken eines Unternehmens dienen,
dessen Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern, den
Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften
zuzuführen;
3. Gebäude, die den Zwecken eines die Volkswohlfahrt
fördernden Unternehmens dienen, welches auf gemeinnützi-
ger Grundlage betrieben oder unterhalten wird;
4. Gebäude in Feldern, Gärten, Weinbergen, Waldungen,
welche weder bewohnbar sind, noch zu einem landwirt-
schaftlichen oder Gewerbebetrieb dienen;
5. Gebäude, welche in keiner Weise benützt werden können;
6. Gebäude, die nach dem 1. Juli 1918 fertig gestellt
worden sind, oder erst künftig fertig gestellt werden.

Ferner sind auf Antrag von der Abgabe ganz oder
teilweise zu befreien:

1. Gebäude oder Gebäudeteile, die wirtschaftlichen Zwecken
gewidmet sind, soweit sie infolge völliger oder teilweiser
Einstellung des Betriebs ganz oder teilweise nicht ausge-
nützt werden;
2. Gebäude oder Wohnungen, deren Entstehungskosten
durch bauliche Veränderungen nach dem 1. Juli 1918 so
versteuert worden sind, daß sie den Entstehungskosten einer
nach dem 1. Juli 1918 neu gebauten Wohnung gleich
oder nahekommen.

Für die Abgabeberechnung pro 1921 werden Anträge
auf Befreiung solcher Gebäude, bei welchen einzelne der
vorgenannten Voraussetzungen zu treffen, am nächsten Frei-
tag, den 17. ds. Mts. auf dem Rathause Zimmer Nr. 8
entgegengenommen.

Wildbad, den 15. März 1922.

Stadtschultheißenamt: Baegner.

Bekanntmachung.

Die Rechnungen der Ortsarmenpflege für die Rech-
nungsjahre 1917, 1918 und 1919 sind vom Freitag, den
17. ds. Mts. an eine Woche lang zur öffentlichen Einsicht
auf dem Rathause aufgelegt.

Wildbad, den 15. März 1922.

Stadtschultheißenamt: Baegner.

Bekanntmachung.

Morgen Freitag haben die Bäcker und Mehlhändler
ihre sämtlichen leeren Mehlstädte im Städt. Mehllokal abzu-
geben. Städt. Mehl- und Futtermittelabgabestelle.



Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Am Samstag, den 18. März, abends 6 Uhr
rücken die Züge I, II und IV einschl. der mech. Leiter zur

Uebung

aus. Signal wird nicht gegeben.

Das Kommando.

Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Wildbad.

Am Sonntag, den 19. März, nachmittags 2 Uhr
findet im „Gasthaus zur Sonne“ in Höfen eine

Bersammlung

statt. Die Kollegen und Kolleginnen werden hiermit er-
sucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.
Der Vorstand.

Ich suche einige

Willenbaupläze

in Wildbad selbst und welche an der Bahnlinie im Eng-
tal gelegen.

E. Hutzenlaub, Architekt

Telephon 115.

Graf Eberhardsbau.

W. V. W.

Morgen Freitag
mittags 5 Uhr

bei Wurz & Eintracht.



Frisch eingetroffen:
Cabeljau,
per Pfund 8 Mark.



Cabeljau
bei

Adolf Blumenthal.

Kufeke-Nestle's-
Kindermehl.

Zu haben bei
Gebr. Schmit, Mediz.-Drogerie.

Rehpinscher,
9 Monate alt, billig zu ver-
kaufen.

Näheres durch die Tag-
blatt-Geschäftsstelle.

Heute Donnerstag
abend
**Café Lindenberger
Schach**

Weitere Schachfreunde
sind willkommen.

Bei Husten, Heiserkeit

helfen prompt Dr. Ballebs Husten-
tropfen. Zu haben bei:
Gebr. Schmit, Med.-Drogerie.

Fußballspieler und
Turner

deckt euren Bedarf
in allen

Sportartikeln



nur
**Sporthaus
SKUNTZE
Pforzheim**

Tel. 3589, Kronenstr. 3

(25 Jahre aktiver Spieler).
Eigene Fabrikation.
Größte Ausw., billigste
Preise. Reelle Bedienung.
Preisliste zu Diensten.

Meistern.
Das Umgraben und Ausstopfen von ca. 8000 qm
Wald wird am Samstag mittags 3 Uhr im
Waldhorn in Meistern vergeben.
Michael Heselschwerdt.

Linden - Lichtspiele

Freitag abend 8 Uhr

Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr

Groß-Detektiv-Schlager

Moriturus

Dem Tode geweiht

6 Akte

In den Hauptrollen: Hilde Wörner, Max Landa,
Rheinhold Schlützel und Conradt Veidt.

Als Beiprogramm:

Sanatorium zum siebenten Himmel
Lustspiel in 3 Akten

Möbliertes Zimmer.

Wir suchen für einen am 1. April ds. Js. bei uns
eintretenden jüngeren Beamten ein gut möbliertes Zimmer
für dauernd.

Offerten erbeten an

Direction der Diskonto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad.

Sichere Existenz!

Unsere Abteilung „Deutscher Handelsring“ beabsichtigt
am hiesigen Ort und evtl. auch in größeren Dörfern
je eine Verkaufsstelle für die von ihr vertriebenen Ar-
tikel des täglichen Bedarfs (Wäsche, Bekleidung, Schuh-
waren, Haushaltsartikel) zu errichten. Zur Führung
dieser Verkaufsstellen geeignete Herren oder Damen
die für das zu übergehende Warenlager entsprechende
Sicherheit zu bieten vermögen, wollen ausführliche Be-
werbung mit Angabe bisheriger Tätigkeit einreichen an
die Direction der

Spar- und Credit-Aktien-Gesellschaft Berlin W.
Innsbrucker-Straße 18.

Bohnerwachs,
Marke „Biene“.
Gebr. Schmit Med.-Drogerie.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten,
direkt an Private Katalog 44 T frei.
Elsenmöbelfabrik suhl (Thür.)

